GENDER OPEN REPOSITORIUM

Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy. Eine intersektional-hegemonietheoretische Betrachtung der Netzbewegung :

Ganz, Kathrin

2014

https://doi.org/10.25595/37

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ganz, Kathrin: *Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy. Eine intersektional-hegemonietheoretische Betrachtung der Netzbewegung :* , in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 23 (2014) Nr: 2, 47-59. DOI: https://doi.org/10.25595/37.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v23i2.17613

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY ND 4.0 Lizenz (Namensnennung - Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/legalcode.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY ND 4.0 License (Attribution - NoDerivates). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/legalcode.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy: Eine intersektional-hegemonietheoretische Betrachtung der Netzbewegung

KATHRIN GANZ

Spätestens seit Beginn der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung steht die Kommunikationspolitik des digitalen Zeitalters auf der politischen Agenda. Dass Themen wie Netzneutralität, Urheber*innenrecht und Datenschutz heute öffentlich diskutiert werden, liegt nicht zuletzt auch an den erfolgreichen Protesten von außerparlamentarischen Akteur*innen anlässlich des Zugangserschwerungsgesetzes (ZugErschwG) oder des Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA). Netzpolitik-Aktivismus hat sich, „vom Außenseiter der politischen Verhandlungsarenen zum akzeptierten politischen Akteur gewandelt" (Wendelin/Löblich 2013, 58). Im Rahmen einer empirischen Untersuchung zu den Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher netzpolitischer Akteur*innen identifizieren Manuel Wendelin und Maria Löblich (2013) vier Typen von Netzpolitik-Aktivismus: Neben den netzpolitischen Kernthemen „Privatsphäre und Datenschutz", „freier Zugang zu Informationen" und „offene Standards und freie Software" identifizieren sie als viertes Thema „Gleichberechtigung von Frauen". Auf den ersten Blick überrascht dies, würde man doch vermuten, dass sich eine netzpolitische Bewegung in erster Linie mit Themen wie der digitalen Spaltung, Zensur und dem Urheber*innenrecht beschäftigt. Die „big issues" der Netzpolitik (Braman 2011) lassen sich zwar allesamt feministisch ausdeuten (Ganz 2013), bei dem von Wendelin und Löblich angedeuteten Phänomen geht es aber zunächst um das Ziel, „Frauen darin zu bestärken, ihre Stimme zu Internet-Themen zu erheben" (Wendelin/Löblich 2013, 68) – und damit auch um einen Konflikt innerhalb der Bewegung selbst.

Nicht erst seit dem Tomatenwurf auf dem SDS-Kongress 1968 gehört die Auseinandersetzung mit Differenzen und sozialer Ungleichheit, und dabei insbesondere mit Geschlecht, zum Diskursrepertoire sozialer Bewegungen. Gerade für emanzipatorische Bewegungen, die sich am demokratischen Horizont der Gleichheit orientieren und um Rechte kämpfen (Marchart 2013), liegt es nahe, sich auch mit ihrer eigenen Zusammensetzung auseinanderzusetzen und zu verhandeln, ob sie durch die informelle Verteilung von Arbeit, Sprechpositionen, aber auch mit ihren politischen Forderungen soziale Ungleichheit reproduzieren. Die Diskussionen der Netzbewegung sowie der kulturellen Kontexte, aus denen sie sich entwickelt hat, bewegen sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen der Vorstellung von Informationstechnologie als Männerdomäne und einer Netzutopie, die Differenzen und Herrschaft überwindet (vgl. Tangens 1997; zu den Piraten Siri/Villa 2012). Daraus ergibt sich die Frage, wie Differenzen und Ungleichheit in der deutschen Netzbewegung verhandelt werden. Auf Grundlage

meiner empirischen Auseinandersetzung mit den Subjektpositionen im politischen Diskurs der deutschen Netzbewegung untersuche ich in diesem Beitrag zwei Aspekte: Wer kämpft für das freie Netz? Und auf welche Weise fließen die Positionierungen der Bewegungssubjekte in die Forderungen, die sie artikulieren, ein?
Beginnend mit einer kurzen Diskussion der Netzbewegung, werde ich die hegemonietheoretische Perspektive von Oliver Marchart (2013) auf Protestbewegungen zusammen mit der Intersektionalen Mehrebenenanalyse von Gabriele Winker und Nina Degele (2009) nutzbar machen, um die Subjektivierungs- und Forderungsstruktur der Netzbewegung entlang der Stichworte Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy darstellen zu können. Dabei zeigt sich, dass feministische Konzepte in diese Form zivilgesellschaftlicher Netzpolitik Eingang gefunden haben.

Netzbewohner*innen in der digitalen Gesellschaft

Die digitale Bürger*innenrechtsbewegung, oder kurz Netzbewegung, ist ein informelles Handlungsnetzwerk, das aus Individuen, Gruppen und Organisationen besteht, das durch eine kollektive Identität verbunden ist und sich mit Mitteln des öffentlichen Protestes in einen Konflikt um gesellschaftlichen Wandel begibt (vgl. Diani 1992; Rucht 1994). Die Netzbewegung kann als eine Allianz aus Hacker*innen, Bürgerrechtler*innen und Internetnutzer*innen charakterisiert werden. Organisationen wie der Chaos Computer Club (CCC), die Digitale Gesellschaft, aber auch die Piratenpartei und Blogs wie netzpolitik.org bilden wichtige Knotenpunkte in diesem Netzwerk und stehen mit europäischen und internationalen netzpolitischen Akteur*innen in Kontakt (Bieber 2012; Hensel/Klecha/Schmitz 2013).
Die Netzbewegung repräsentiert einen Teil der Zivilgesellschaft, der dem Prozess der Digitalisierung nicht grundsätzlich mit Ablehnung begegnet, jedoch scharfe Kritik an Überwachung und einigen Aspekten der Kommerzialisierung des Internets übt. Der Konflikt, den die Netzbewegung artikuliert, bezieht sich auf zwei Ebenen: Erstens geht es um die politische Regulierung des Internets und digitaler Medien. Dies betrifft unter anderem den Datenschutz, den Einsatz von digitalen Technologien zur Strafverfolgung (Vorratsdatenspeicherung), Breitbandausbau und Netzneutralität. Zum zweiten sind die gesellschaftlichen Auswirkungen von Digitalisierung Gegenstand des politischen Diskurses der Netzbewegung. Eine Reform des Urheber*innenrechts, der Schutz von Whistleblower*innen und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung sind Anliegen, die über die Regulierung des Internets hinausreichen. Dies zeigt auch ein Begriff wie Plattformneutralität, der ein Element der organischen Theorie (Marchart 2013, 163) der Netzbewegung ist. Plattformneutralität beschreibt gesellschaftliche Institutionen äquivalent zum Internet als Plattformen des Informationsaustauschs. Der Politik kommt in diesem Konzept die Aufgabe zu, den Zugang zu Plattformen diskriminierungsfrei zu gestalten (Seemann 2012a). Damit wird ein genuin netzpolitisches Konzept, die Netzneutralität, auf andere Politikfelder wie etwa die Bildungs- oder Verkehrspolitik übertragen.

Die Netzbewegung entwickelte sich in einem Umfeld von Personen, die sich als Bewohner*innen des Internets sehen, weil ein wichtiger Teil ihrer Alltagspraxen sich dort abspielt. Der Begriff ‚Netzbewohner' umfasst sowohl die älteren „Ur-Hacker" (Interview mit einem Aktivisten, 2012), die seit den 1980er-Jahren mit Computern und Datennetzen experimentieren, als auch die jüngeren Digital Natives, die eine Welt ohne WWW nicht kennen. Er überbrückt Differenzen zwischen den beiden Gruppen und schafft eine kollektive Identität, die sich in Abgrenzung zu Außenseiter*innen und Spätankömmlingen in der digitalen Welt konstituiert. Der „cyberkoloniale" Diskurs der 1990er-Jahre, durch den sich die Hacker-Subkultur als „indigene Kultur" des Cyberspace konstruierte, die sich gegen staatliche „Zensur-Expeditionen" zur Wehr setzt (Marchart 2004, 137), hallt auf diese Weise im heutigen netzpolitischen Diskurs nach.
Die Subjekte der digitalen Gesellschaft fordern, dass die Prinzipien der digitalen Welt verallgemeinert und gesellschaftlich implementiert werden. Während der Cyberspace bei John Perry Barlow (1996) noch als autonomer Ort konzipiert wurde, ist die Unterscheidung zwischen offline und online, Cyberspace und Real Life für die Netzbewohner*innen von heute hinfällig (vgl. Czerski 2012). Wenn Julia Reda, die jüngst für die Piratenpartei ins Europäische Parlament eingezogen ist, auf Twitter schreibt „Europa. Die Plattform ist geil, aber scheiße konfiguriert",[1] bringt sie das Gesellschaftsverständnis vieler Netzbewohner*innen zum Ausdruck: Gesellschaft als quelloffene Plattform, die von ihren Nutzer*innen konfiguriert werden kann. Open Access, Transparenz, aber auch fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr sind konkrete politische Ideen, die sich aus dieser Denkweise ergeben und, neben der Abwehr von Angriffen auf das Netz, Teil ihres hegemonialen Projektes sind.

Die Netzbewegung im Kampf um hegemoniale Deutungsmacht

Der politische Konflikt, den die Netzbewegung artikuliert, lese ich als gesellschaftlichen Kampf um Hegemonie (Laclau/Mouffe 1985; Laclau 1990, 1996), d.h. um die das Internet im engeren und die Gesellschaft im weiteren Sinne betreffende Deutungs- und Gestaltungshoheit. Aus der Sicht von Aktivist*innen konstituierte sich die Bewegung reaktiv: „Von daher glaub ich, dass dieser gemeinsame Erfahrungshorizont und dieses Bewusstsein, dass es wirklich was Tolles ist, erst durch den Angriff von Außen zu 'ner Bewegung wurde. Wo man gesagt hat: Okay, jetzt reicht's! Ihr greift jetzt mein Biotop an, ihr greift mein Zuhause an!" (Interview mit einer Aktivistin, 2011). Der Antagonismus, der hier zum Ausdruck kommt, bezieht sich auf die Regulierungs- und Kontrollpolitiken staatlicher und privatwirtschaftlicher Akteur*innen. Die Forderungsstruktur der Netzbewegung wird durch die tendenziell leere Forderung nach einem „freien Internet" repräsentiert. Das freie Internet ist der leere Signifikant einer Äquivalenzkette, die verschiedene Elemente miteinander verknüpft, darunter Zugang zu Infrastruktur, offene Standards, Teilhabe, Zugang zu Wissen und Kultur, Kreativität, freie Meinungsäußerung, informationelle Selbstbe-

stimmung, Datenschutz, Transparenz, Partizipation und Vernetzung. Aus den eigenen Erfahrungen mit den als frei und offen erlebten Strukturen der digitalen Welt leiten die Aktivist*innen eine Verantwortung ab, die Freiheit des Internets zu bewahren und gesellschaftlich weiterzuentwickeln: „wir glauben, dass es unsere Pflicht ist, diese Freiheit zu verteidigen. Das schulden wir den kommenden Generationen, so wie wir es ihnen schulden, die Umwelt zu schützen" (Czerski 2012). Wenn die Netzbewegung auf diese Weise für eine zukünftige digitale Gesellschaft spricht, unternimmt sie den Versuch, eine hegemoniale Position zu etablieren, in dem sie die eigene partikulare Position universalisiert.

Der Freiheitsbegriff der Netzbewegung unterscheidet sich von jenem neoliberalen Freiheitsbegriff, der seinerseits der leere Signifikant der bestehenden hegemonialen Ordnung ist. Dieser Freiheitsbegriff ist zuvorderst die Freiheit des Homo Oeconomicus, auf Märkten zu agieren, die zu diesem Zweck auch in Bereichen geschaffen werden, die bisher dem Spiel des freien Kapitals noch nicht unterworfen wurden. In dieser hegemonialen Ordnung werden die Bedrohungen durch Terrorismus und organisierte Kriminalität als das antagonistische Außen des neoliberalen Kapitalismus artikuliert. Der „Krieg gegen den Terror" und Politiken innerer Sicherheit werden in Stellung gebracht, um die Freiheit des neoliberalen Subjekts gegen dieses antagonistische Gegenüber zu verteidigen. Wenn die Aktivist*innen der Netzbewegung unter dem Motto „Freiheit statt Angst" gegen Massenüberwachung demonstrieren, widersetzen sie sich den sicherheitspolitischen Anrufungen, die Einschränkung von Bürger*innenrechten im Kampf gegen den Terror hinzunehmen. Aus ihrer Sicht bedrohen Anti-Terror-Politiken, nicht der Terrorismus, die individuelle Handlungsfreiheit. Die Debatte um Netzneutralität macht außerdem deutlich, dass ein möglichst diskriminierungsfreier Zugang zum Internet den Aktivist*innen wichtiger ist als die unternehmerische Freiheit der Provider und Dienstanbieter*innen. Hier fordern die sonst regulierungskritischen Netzaktivist*innen den Erhalt der Netzneutralität durch staatliche Regulierung.

Der Signifikant Netzbewegung bringt heterogene Subjektpositionen auf einen Namen. Die Aktivist*innen mögen zwar einige Erfahrungen teilen, sie sprechen aber nicht von einer einheitlichen sozialen Position aus, die durch die strukturellen Verhältnisse bestimmt wird, und die eine Bewegung lediglich repräsentieren müsste (Smith 1998, 97). Kollektive politische Akteur*innen konstituieren sich erst durch ihre Aktivitäten (Taylor/Whittier 1992, 110), ohne dabei je eine vollständige Geschlossenheit zu erreichen. Es bildet sich vielmehr eine spezifische Subjektivierungsstruktur, „die für eine Protestbewegung oder ein Bewegungsnetzwerk typische umkämpfte Konstellationen von Subjektpositionen der protagonistischen Kette, die durch (Selbst- und Fremd-)Anrufungen imaginär vereinheitlicht wird und dazu tendiert, sich in einem Subjekt-‚Namen' zu verdichten" (Marchart 2013, 166). Die Subjektivierungsstruktur einer jeden Protestbewegung ist schon deswegen heterogen, weil sie durch eine Vielzahl anderer diskursiver Formationen überdeterminiert ist. Daraus ergibt sich ein machtgeladenes Spannungsverhältnis, das sich auch auf die

„Konstellation von Forderungen“ und ihr „Gewichtungsverhältnis“ (Marchart 2013, 162), also die Forderungsstruktur der jeweiligen Bewegung, auswirkt.
Diese Überlegung öffnet die Möglichkeit für eine intersektionale Perspektive auf die Netzbewegung, die darauf abzielt, die Frage von Gleichheit und Differenz innerhalb der Bewegung in Verbindung zu Macht und Hegemonie zu diskutieren (vgl. Cho/Crenshaw/McCall 2013, 795). Ausgangspunkt meiner hegemonietheoretisch-intersektionalen Analyse der Subjektivierungs- und Forderungsstruktur der Netzbewegung bilden zwölf qualitative Interviews. Die Befragten sind in verschiedenen Bewegungsorganisationen, Parteien und informellen Kontexten aktiv, zwischen 21 und 53 Jahre alt; es positionieren sich jeweils sechs Personen als Frauen und als Männer. Die Interviews wurden mit der Intersektionalen Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009; Winker 2012) ausgewertet. Mit dieser Methode lassen sich Artikulationen auf den drei Analyseebenen Identität, symbolische Repräsentation und soziale Struktur zu Subjektkonstruktionen verdichten. Anhand der Subjektkonstruktionen möchte ich verdeutlichen, wie sich Positionierungen und Diskurse um Ungleichheit in den Diskurs der Netzbewegung einschreiben.

Nerd-Pride und Privilegien: Zur Subjektivierungsstruktur der Netzbewegung

In der Netzbewegung finden sich konflikthafte Formen von Selbstreflexivität, die sich anhand der zu Subjektkonstruktionen verdichteten Artikulationen nachvollziehen lassen. Im Folgenden greife ich zwei miteinander verschränkte Punkte heraus, an denen Aktivist*innen die Netzbewegung problematisieren: ihre Konstruktion als eine Gemeinschaft von Außenseiter*innen gegenüber dem gesellschaftlichen Mainstream und ihre sozioökonomische und -kulturelle Zusammensetzung, die viele Aktivist*innen als privilegiert beschreiben.
Die erste Problematisierung bezieht sich auf eine vereindeutigende, affirmative Konstruktion kollektiver Identität, wie sie in Teilen der Netzbewegung verbreitet ist. Dort wird die Netzbewegung als „eingeschworene Internetgemeinde“ beschrieben, die eine gemeinsame Sprache spricht und das Internet – im Gegensatz zu den „Internetausdruckern“ – versteht (Interview mit einem Aktivisten, 2012). In dieser Selbstkonstruktion stützt sich die kollektive Identität der Netzbewegung auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl von politisierten Nerds, die sich nicht als Teil des gesellschaftlichen Mainstream sehen.
Zwei zentrale Elemente dieser Selbstkonstruktion, die sich im empirischen Material nachvollziehen lassen, sind Offenheit und „Do-ocracy“. Einem Teil der Aktivist*innen gelingt es, sich mit ihren jeweiligen Stärken in die Bewegung einzubringen. Sie nehmen die Bewegung als „offen“ wahr: „Wenn jemand irgendwo Interesse hat und rankommt, wird er eigentlich mit offenen Armen aufgenommen“ (Interview mit einem Aktivisten, 2013). Dass Bewegungspolitiken vornehmlich in den Netzwerken der „üblichen Verdächtigen“ (ebd.) gestaltet werden, erklären diese

Aktivist*innen damit, dass die Selbstorganisierung der Netzbewegung auf dem Prinzip des Einfach-mal-Machens beruhe. In dieser Do-ocracy, wie das Prinzip genannt wird, werden Kontroversen nach dem Motto „Wer macht, hat Recht" entschieden. Wer sich nicht einbringt, wenn etwas schief läuft, solle darum nach der Ansicht eines Interviewpartners „die Fresse halten" (ebd).[2]

Andere Aktivist*innen nehmen die Netzbewegung dagegen als zersplittert wahr. Sie berichten von einer Aufmerksamkeitsökonomie, in der vor allem „Schreihälse" (Interview mit einer Aktivistin, 2013) wahrgenommen werden. Dies führe zu einer Polarisierung entlang einzelner Themen, die gemeinsame Ziele in den Hintergrund rücken lasse. Darüber hinaus kritisieren sie, dass der Modus der Selbstorganisation verklärt werde: Machtverhältnisse innerhalb der Bewegung seien nicht durch Leistung begründet, sondern werden durch den Mythos der Meritokratie *ex post* legitimiert (vgl. Geuter 2013). Schon in der Begriffswahl zeigt sich die differentielle Sichtweise auf das Phänomen: Die einen sprechen über die demokratische Selbstorganisation autonom Handelnder, die anderen über die Herrschaft einer selbsternannten aktivistischen Leistungselite.

Die zweite Form der Problematisierung bezieht sich auf Privilegien. Der Begriff hat, vermittelt über netzfeministische und Social-Justice-Diskurse, in netzkulturellen Kommunikationsräumen Verbreitung gefunden.[3] Er verweist auf die Praxis, sich mit der Positioniertheit von Subjekten entlang verschiedener Herrschaftsverhältnisse auseinanderzusetzen. Ein Teil meiner Interviewpartner*innen setzt sich damit auseinander, inwiefern Geschlecht, „Rasse", Alter sowie soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital die Netzbewegung prägen. In solchen Interviewpassagen wird konstatiert, dass sich die Netzbewegung aus technikaffinen, überwiegend männlichen und weißen Personen zusammensetzt, die typischerweise zwischen 20 und 40 Jahre alt sind und über einen hohen Bildungsstand sowie materielle und zeitliche Ressourcen verfügen. Davon ausgehend entspannen sich unterschiedliche Auseinandersetzungen mit der Netzbewegung, ihren Defiziten, Ausschlüssen und Schwierigkeiten in der Interaktion mit gesellschaftlichen Akteur*innen.

So beschreibt eine Aktivistin die Netzbewegung als ein Netzwerk von gut situierten Menschen, die nach ihrer Auffassung in Bezug auf Digitalisierung und Gesellschaft eine Avantgarde bilden. Durch ihren Elitarismus scheitere die Netzbewegung daran, sich anderen gegenüber verständlich zu machen und deren Probleme nachzuvollziehen. Trotzdem könne es der Gesellschaft nur gut tun „wenn Menschen (…) mit 'nem Mindset, das durch's Internet geprägt ist auch, so gesellschaftliche Verantwortung übernehmen" (Interview, 2011). Im Gegensatz zu dieser Aktivistin, die sich letztlich selbst als Teil dieser Avantgarde sieht, grenzen sich andere stärker von der Netzbewegung ab. Hier verschränkt sich die Auseinandersetzung mit Privilegien mit der Kritik an einer als eng und exkludierend wahrgenommenen Selbstkonstruktion der Szene. So fordert eine Aktivistin: „hört auf mit eurem (…) Nerd Pride" (Interview, 2013). Sie bezieht sich damit auf einen Diskurs, in dem kritisiert wird, dass Nerds sich „in ihr eigenes Klischee zurückziehen" (Geuter 2012). In Analogie zu „White

Pride“ wird den Nerds unterstellt, sich von einem Gefühl der eigenen Überlegenheit leiten zu lassen, ohne dabei die Herrschaftsverhältnisse in Betracht zu ziehen, durch die sie zur Elite der digitalen Gesellschaft wurden.

Das Nerd-Stereotyp kennzeichnet einen bestimmten Typus des männlichen Außenseiters (vgl. Mertens 2012). Diente es bislang vor allem als Abgrenzungsfolie für hegemoniale Männlichkeiten (Connell 2000), ist es in den letzten Jahren zu einem Kristallisationspunkt ihrer Neuverhandlung geworden. Als Kai Diekmann ins Silicon Valley reiste, um etwas über die digitalen Märkte der Zukunft zu lernen, wurde „aus einem geölten Journalisten ein bärtiger Nerd“ (von Geyer, 2013). Mit dem Aufstieg der Informationstechnologie und der ökonomischen Macht der IT-Konzerne scheinen Nerds an Attraktivität gewonnen zu haben. Das Stereotyp bleibt jedoch, wie auch Jasmin Siri und Paula-Irene Villa (2012) für die Piraten zeigen, Gegenstand der Aushandlung dieser Männlichkeitskonstruktionen. Denn die Repräsentation des technikbegeisterten Sonderlings ist nicht nur männlich, sondern auch weiß: „women and men of color are excluded entirely from this category, protecting the superior economic and technological status of white men“ (Kendall 2011, 519). Dies bedeutet selbstredend nicht, dass es keine selbsternannten weiblichen Nerds, Nerds of Color und female Nerds of Color gibt. Diese werden allerdings innerhalb der Nerd-Subkultur als Ausnahme wahrgenommen oder als „fake“ diskreditiert (Berlatsky 2013). Schließlich durchkreuzen sich auch Nerd-Sein und Klasse: Sich bereits in jungen Jahren mit Computern beschäftigen zu können, setzt in der Regel voraus, dass die Familie über die entsprechenden materiellen Ressourcen verfügt. Dagegen steht die Erzählung einer Interviewpartnerin, deren Familie sich erst Ende der Neunzigerjahre einen Discount-PC leisten konnte. Diese Gegenerzähung macht deutlich, dass die sozialen Praxen der Nerds wie auch das Nerd-Stereotyp durch das strukturelle Herrschaftsverhältnis Klasse mitkonstruiert werden.

Im Bild des Nerds verschränken sich gesellschaftliche Normen und soziale Strukturen. Für einen Teil der Netzbewegung stellt das Außenseitertum der Nerds einen zentralen Bezugspunkt dar. Sie artikulieren einen Wunsch nach Zusammengehörigkeit. Kritische Aktivist*innen interpretieren diese Affirmation von Marginalität als eine Immunisierung gegenüber der Auseinandersetzung mit Privilegien und den Folgen, die diese Positionierung für die Interaktion der Netzbewegung mit ihrem politischen Umfeld hat. Die Netzbewegung verschließe sich erstens gegenüber Akteur*innen, denen das Digitale noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. Geprägt von Hybris und Berührungsängsten verspiele sie die Chance auf Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Multiplikator*innen. Durch die Arroganz, die zu Tage trete, wenn Menschen ihren „hochintellektuellen Debatten“ (Interview mit einer Aktivistin, 2013) nicht folgen können, verliere sie zweitens ganze Milieus. Drittens berichten insbesondere jüngere Aktivistinnen, die sich noch nicht durch jahrelange Arbeit im Hacker- oder IT-Umfeld ihre Meriten verdienen konnten, über konkrete Ausgrenzungserfahrungen, die sie in netzpolitischen Zusammenhängen gemacht haben. Sie nehmen die Bewegung als „Men’s Club“ wahr und vertreten

die Forderung nach mehr Diversität in der Bewegung mit besonderer Verve. Sie fordern einen stärkeren Blick ins Ausland, ein Zusammendenken von Netzpolitik mit postkolonialen Diskursen und wehren sich gegen sexistische Zuschreibungen: „Es geht ja auch teilweise ins Sexistische, also immer dieses ‚ja, deine Oma, deine Großmutter muss das verstehen', das nervt mich ziemlich" (Interview mit einer Aktivistin, 2013).[4] Ein zentrales Anliegen dieser Aktivist*innen ist das Thema digitale Spaltung, auf das die Netzbewegung aus ihrer Sicht zu wenig Gewicht legt. Sie beschäftige sich kaum mit dem verzögerten Breitbandausbau in ländlichen Regionen und vernachlässige auch beim Thema Netzneutralität, dass es hier im Kern um eine Verschärfung der sozialen Spaltung beim Zugang zu Internetangeboten gehe. Der Mainstream der Netzbewegung vernachlässigt aus der Sicht dieser Aktivist*innen die Gerechtigkeitsdimension, während Bürger*innenrechte und Freiheit überbetont werden.

Datenschutz und Post-Privacy: Zur Forderungsstruktur der Netzbewegung

Die Beschäftigung mit Differenzen und sozialer Ungleichheit fließt auch in Auseinandersetzungen um die Forderungen der Netzbewegung ein. Der Signifikant *freies Internet* repräsentiert hier eine Kette von zum Teil widersprüchlichen partikularen Forderungen – einer Konstellation von Forderungen (Marchart 2013, 162), die selbst jedoch umkämpft bleibt. Ein Beispiel ist die Auseinandersetzung mit Datenschutz und Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Die Netzbewegung wird als Befürworterin des Datenschutzes wahrgenommen. Tatsächlich ist die Wahrung der informationellen Selbstbestimmung für die meisten Aktivist*innen ein zentrales Ziel. Innerhalb der Netzbewegung hat sich allerdings auch ein datenschutzkritischer Diskurs um das Stichwort Post-Privacy herausgebildet. Im Februar 2011 formierte sich die Datenschutzkritische Spackeria, ein informelles Diskussionsnetzwerk, in dem Netzaktivist*innen über das Ende der Privatsphäre diskutieren.[5] Vertreter*innen der Post-Privacy-Denkweise interessieren sich für die emanzipatorischen Potentiale radikaler Transparenz. Post-Privacy steht für eine gesellschaftliche Utopie, in der Menschen zur Sicherung individueller Freiheit nicht mehr auf Privatsphäre angewiesen sind (vgl. Heller 2011, Seemann 2012b, dazu kritisch Sanczny 2013). Der Spackeria ist es gelungen, einen Kontrapunkt in den Datenschutzdiskurs der Netzbewegung einfügen. Dies wurde in meinen Interviews deutlich: Die Aktivist*innen nehmen alle Bezug auf Post-Privacy – häufig sowohl in Form einer Abgrenzung von den „radikalen" Position der Spackeria als auch von der „dogmatischen" Haltung zum Datenschutz, die die Spackeria dem Mainstream der Netzbewegung unterstellt. Auf der Pro-Datenschutz-Seite unterscheide ich zwei Positionen. Neben den *policy-orientierten Datenschützer*innen*, die sich aktuell vor allem für eine Stärkung des Datenschutzstandards auf EU-Ebene einsetzen, bezieht sich ein großer Teil der Aktivist*innen vornehmlich auf technosoziale Alltagspraxen. Als *Realos der technosozialen Praxis* setzen sie voraus, dass viele Menschen Internetdienste nutzen,

ohne sich über Gefahren bewusst zu sein. Während die Datenschützer*innen die Rechte der Nutzer*innen gestärkt sehen wollen, sprechen sie sich dafür aus, Eigenverantwortung durch Bildung zu erweitern. Beide verbindet die Annahme, dass Nutzer*innen nicht über ausreichende Kompetenzen hinsichtlich der Gefahren der Datenauswertung verfügen: „die Leute sind halt nicht so aufgeklärt, die wissen nicht, was mit ihren Daten passiert bei Facebook, die wissen nicht, was man mit Aggregation von Daten machen kann, was Stalking bedeutet, wenn ich 'n bisschen technische Skills habe und so weiter" (Interview mit einem Aktivisten, 2013). In Abgrenzung zu anderen Anwender*innen konstruieren sich die Befragten als besonders kompetente Nutzer*innen, die verantwortlich mit privaten Daten umgehen können. Einige sehen sich darüber hinaus als Hacker, die in die Privatsphäre anderer eindringen könnten, wenn sie wollten.[6] Die Aktivist*innen gehen also nicht von ihren eigenen Schutzbedürfnissen aus, sondern von den Bedürfnissen derer, die weniger gebildet und medienkompetent sind. Die Konstruktion von Schutzbedürftigkeit ist wiederum mit Kategorien wie Geschlecht, Klasse und Alter verwoben.

Demgegenüber sind die *Post-Privacy-Vertreter*innen* der Ansicht, dass Datenschutzgesetze in einer vernetzten Welt zum Scheitern verurteilt sind. Auch die Prämisse, dass es den durchschnittlichen Anwender*innen an Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien mangelt, weisen sie ab. Dass sich das Konzept von Privatheit in den letzten Jahrzehnten verändert habe, sei nicht „bösen Playern von außen" (Interview mit einem Aktivisten, 2013) zuzuschreiben, sondern der Tatsache, dass sich Menschen über das Internet mit andern vernetzen wollen und deshalb ein Interesse daran haben, im Internet sichtbar zu sein. Die Post-Privacy-Vertreter*innen betonen zwar, dass diese Sichtbarkeit nicht für alle Menschen in gleichem Maße erstrebenswert sei. Statt daraus eine Forderung nach Datenschutz abzuleiten, verweisen sie auf soziale Ungleichheit und Diskriminierung: „Weil warum sollen denn meine Daten denn geschützt werden? Damit ich meinen Job nicht verliere, damit die Krankenkasse mich nicht übern Tisch zieht. Das sind ja ganz konkrete Probleme, die mir drohen" (Interview mit einer Aktivistin, 2011). Die Grundlage individueller Freiheit ist aus ihrer Sicht nicht der Schutz der Privatsphäre, sondern der Zugang zur Öffentlichkeit als Sphäre der Selbstverwirklichung im Sinne der Möglichkeit, sich öffentlich äußern zu können, ohne mit Diskriminierung und Hass konfrontiert zu werden. Im Zuge dessen kritisieren sie den Datenschutz als bürgerliche Ideologie, welche die Ursachen von Diskriminierung verschleiere. Herrschaft solle nicht der Rückzug in die Privatsphäre entgegen gesetzt werden, sondern eine radikale Transparenz, die zur Solidarisierung der Beherrschten führen kann, und sich als Forderung auch an Staaten und Unternehmen richten müsse.

Die intersektionale Analyse zeigt, wie Herrschaftsverhältnisse den Diskurs der Netzbewegung destabilisieren. Mit Datenschutz und Post-Privacy konkurrieren zwei Forderungen um die Ausdeutung des leeren Signifkanten *freies Internet*. Diese sind nicht durch die soziale Positionierung oder die Erfahrungen ihrer Vertreter*innen determiniert, denn weder benennen die Datenschützer*innen ein größeres Bedürf-

nis nach einem Schutz ihrer privaten Daten, noch behaupten die Post-Privacy-Aktivist*innen, sich in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen unbedingte Transparenz leisten zu können. Vielmehr beziehen sich beide auf gefährdete Subjekte. Die Datenschützer*innen verallgemeinern deren Schutzbedürfnis zu einer Forderung nach wirksameren Gesetzen. Die Post-Privacy-Vertreter*innen dagegen fordern ein „Recht zur Verbreitung eigener Daten" (Heller 2011: 88). In einer Netzwerkgesellschaft, in der das Knüpfen von Kontakten eine wichtige Fähigkeit ist (vgl. Boltanski/Chiapello 2001, 158), kämpfen sie – wie ich es in Anlehnung an Foucault (2005) formulieren möchte und womit zugleich auf deren gouvernementale Hervorbringung verwiesen sei – für die Anerkennung post-privater Technologien des Selbst.

Fazit

Eine hegemonietheoretische und intersektionale Analyse des politischen Diskurses der Netzbewegung zeigt die Komplexität der Auseinandersetzung mit den Differenzen sozialer Positionierung und Ungleichheit in der Netzbewegung. In diesen geht es um mehr als das Empowerment von Frauen in einem technikaffinen Bewegungskontext. Vielmehr geht es um die Auseinandersetzung mit einer Selbstkonstruktion entlang einer intersektional verorteten Figur des nerdigen Außenseiters, der das Internet zu seinem Lebensraum erklärt hat und darüber Deutungshoheit einfordert. Ein Teil der Aktivist*innen wehrt sich dagegen, dass genau diese Subjektposition den Subjekt-Namen Netzbewegung beherrscht, und fordern eine verstärkte Auseinandersetzung mit verschiedenen Herrschaftsverhältnissen ein. Neben Geschlecht wird hier vor allem Klasse, daneben in geringerem Ausmaß auch Weißsein und Formen von Bodyismus verhandelt. Wenn Aktivist*innen eine Auseinandersetzung mit privilegierten sozialen Positionierungen einfordern, stärken sie die Selbstreflexion der Bewegung. Damit wird auch die Netzbewegung ein Stück weit zur post-identitären Bewegung, die „ihre Identität, die Ziele ihrer Politik und die Subjektivierungsform ihrer Akteure einem konstanten Prozess der (Selbst-)Befragung" (Marchart 2013, 220) unterwirft. Das post-identitäre Element ist in der Netzbewegung zwar deutlich schwächer ausgeprägt als beispielsweise in der Euromayday-Bewegung oder in queer-feministischen Politiken, wo die Kritik an Ausschlüssen und ein Nachdenken über die machtdurchzogene Heterogenität von Positionen konstitutiv für die kollektive Identität selbst ist. Entlang der dargestellten Auseinandersetzungen wird jedoch deutlich, dass sich auch die Netzbewegung dieser Dynamik nicht verschließen kann. Hier zeigt sich der Einfluss feministischer und intersektionaler Politiken auf netzkulturelle Räume. Sie stellen Konzepte zur Verfügung, die eine Auseinandersetzung mit der Subjektivierungsstruktur der Bewegung sowie ihren politischen Positionen herausfordern und ausschließende Identitätskonstruktionen in Frage stellen.[7]
Wie am Beispiel der Debatte um Datenschutz gezeigt, schreibt sich die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit auf diese Weise auch in die Forderungen der

Netzbewegung ein. Die Frage, ob es der Netzbewegung letztlich nur um eine bürgerrechtliche Absicherung der informationellen Privatsphäre geht, oder um ein weitergehendes Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu den digitalen Öffentlichkeiten der Netzwerkgesellschaft, ist innerhalb der Bewegung umstritten. Die Tatsache, dass eine Freiheit, die auf Bürger*innenrechten basiert, nicht für alle gilt, unterläuft den politischen Diskurs der Netzbewegung mit ihrem leeren Signifikanten des freien Internets fortlaufend.

Anmerkungen

1 http://twitter.com/Senficon/status/449318472691253248 (4.4.2014).

2 Für eine Beschreibung des Organisationsprinzips vgl. das Wiki von Noisebridge, einem Hackerspace in San Francisco, CA: https://www.noisebridge.net/wiki/Do-ocracy (21.5.2014).

3 Auf der Website „know your meme", die sich mit netzkulturellen Phänomenen beschäftigt, ist beispielsweise ein Eintrag zur Aufforderung „Check your privilege" zu finden: http://knowyourmeme.com/memes/check-your-privilege (3.4.2014).

4 Feminist*innen kritisieren, dass (Groß-)Mütter oft stellvertretend für unbedarfte User*innen stehen: „So simple your mother could do it" (siehe http://geekfeminism.wikia.com/wiki/So_simple,_your_mother_could_do_it, 21.5.2014).

5 Der Name ist eine Aneignung des Ausdrucks „Post-Privacy-Spacken", den die CCC-Specherin Constanze Kurz in einem Vortrag beim Chaos Communication Congress verwendet hatte.

6 Die Hacker im Sample verweisen jedoch auch darauf, dass es als Ehrensache gilt, Personen zu verschonen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu schützen – gemäß der „Hackerethik", die besagt: „Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen" (Chaos Computer Club o. J.).

7 Ein Blick in andere Bereiche der Netzbewegung würde allerdings zeigen, dass sich auch ein Backlash gegen die Erfolge (netz-)feministischer und antirassistische Politiken in den netzpolitischen Diskurs einschreibt.

Literatur

Barlow, John Perry, 1996: A Declaration of the Independence of Cyberspace, Internet: https://projects.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html (4.4.2014).

Berlatsky, Noah, 2013: ‚Fake Geek Girls' Paranoia Is About Male Insecurity, Not Female Duplicity. In: The Atlantic, 22.1.2013. Internet: http://www.theatlantic.com/sexes/archive/2013/01/fake-geek-girls-paranoia-is-about-male-insecurity-not-female-duplicity/267402/ (4.4.2014).

Bieber, Christoph, 2012: Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 62 (7), 27-33.

Braman, Sandra, 2011: Internet Policy. In: Consalvo, Mia/Ess, Charles (Hg.): Handbook of Internet Studies. Chichester/West Sussex, 137-167.

Boltanski, Luc/**Chiapello**, Ève, 2001: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.

Chaos Computer Club, o. J.: hackerethics. Internet: http://www.ccc.de/hackerethics (4.4.2014).

Cho, Sumi/**Crenshaw**, Kimberlé Williams/**McCall**, Leslie, 2013: Toward a Field of Intersectionality Studies: Theory, Applications, and Praxis. In: Signs. 38 (4), 785-810.

Connell, Raewyn, 2000: Der gemachte Mann: Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. 2. Auflage. Opladen.

Czerski, Piotr, 2012: Wir, die Netz-Kinder. In: Zeit Online, 23.2.2012. Internet: http://www.zeit.de/digital/internet/2012-02/wir-die-netz-kinder (4.4.2014).

Diani, Mario, 1992: The Concept of Social Movement. In: The Sociological Review. 40 (1), 1-25.

Foucault, Michel, 2005: Technologien des Selbst. In: Defert, Daniel/Ewald, Françoise (Hg.): Dits et Ecrits. Vierter Band. Frankfurt/M., 966-999.

Ganz, Kathrin, 2013: Feministische Netzpolitik – Perspektiven und Handlungsfelder. Internet: http://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2013/04/ganz_feministische_netzpolitik_web.pdf (4.4.2014).

Geuter, Jürgen „tante", 2012: ‚Good Night Nerd Pride' Kommentare. Internet: http://tante.cc/2012/11/26/good-night-nerd-pride-kommentare/ (4.4.2014).

Geuter, Jürgen „tante", 2013: Meritokratie als Selbstaufwertung. Internet: http://tante.cc/2013/06/07/meritokratie-als-selbstaufwertung/ (4.4.2014).

Von Geyer, Matthias, 2013: Der Lehrling. In: Der Spiegel, Nr. 13. Internet: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-91675481.html (4.4.2014).

Heller, Christian, 2011: Post Privacy: Prima leben ohne Privatsphäre. München.

Hensel, Alexander/**Klecha**, Stephan/**Schmitz**, Christopher, 2012: ‚Vernetzt euch – das ist die einzige Waffe, die man hat' Internetproteste. In: Walter, Franz/Butzlaff, Felix/Geiges, Lars (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen. Reinbek bei Hamburg, 267-300.

Kendall, Lori, 2011: ‚White and Nerdy': Computers, Race, and the Nerd Stereotype. In: The Journal of Popular Culture. 44 (3), 505-524.

Laclau, Ernesto, 1990: New Reflections On The Revolutions Of Our Time. London, New York.

Laclau, Ernesto, 1996: Emancipation(s). London, New York.

Laclau, Ernesto/**Mouffe**, Chantal, 1985: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London, New York.

Marchart, Oliver, 2004: Techno-Kolonialismus. Theorie und imaginäre Kartographie von Kultur und Medien. Wien.

Marchart, Oliver, 2013: Die Prekarisierungsgesellschaft I: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld.

Mertens, Mathias, 2012: Nerds. Computer. Piraten. Die kulturgeschichtliche Erklärung eines Syllogismus. In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena. Bielefeld, 53-65.

Rucht, Dieter, 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen – Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M.

Sanczny, 2013: Das Postprivate ist politisch. Internet: http://sanczny.blogsport.eu/2013/11/21/das-postprivate-ist-politisch/ (4.4.2014).

Seemann, Michael, 2012a: Lasst die Daten, schützt die Menschen! In: Schmidt, Jan-Hinrick/Weichert, Thilo (Hg.): Datenschutz. Grundlagen, Entwicklungen und Kontroversen. Bonn, 243-248.

Seemann, Michael, 2012b: Plattformneutralität: Das politische Denken der Piraten. In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena. Bielefeld, 91-99.

Siri, Jasmin/**Villa**, Paula-Irene, 2012: Piratinnen: Fehlanzeige Gender? In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena. Bielefeld, 145-171.

Smith, Anna Marie, 1998: Laclau and Mouffe: The Radical Democratic Imaginary. New York.

Tangens, Rena, 1997: Netzwesen – Macht kommt von Machen. In: Hooffacker, Gabriele/Tangens, Rena (Hg.): Online-Guide Frauen & Netze. Findig reisen in den Netzen. Reinbek bei Hamburg, 120-135.

Taylor, Verta/**Whittier**, Nancy E., 1992: Collective Identity in Social Movement Communities: Lesbian Feminist Mobilization. In: Morris, Aldon D./Mueller, Carol McClurg (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory. New Haven, 104-129.

Wendelin, Manuel/**Löblich**, Maria, 2013: Netzpolitik-Aktivismus in Deutschland. Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher Akteure. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 61 (1), 58-75.

Winker, Gabriele, 2012: Intersektionalität als Gesellschaftskritik. In: Widersprüche. 126 (4), 13-26.

Winker, Gabriele/**Degele**, Nina, 2009: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Münster.

Öffentlichkeiten im Internet: Zwischen Feminismus und Antifeminismus

RICARDA DRÜEKE. ELISABETH KLAUS

Einleitung: Zur Aktualität von Öffentlichkeitstheorien

Öffentlichkeit gehört zu den zentralen Konzepten der Gender Studies – in Auseinandersetzung mit vorliegenden Öffentlichkeitstheorien wurden diese unter dem Blick feministischer Herrschaftskritik analysiert, verworfen oder weiterentwickelt (z.B. Fraser 2001; Pateman 1988; Sauer 2001). Insbesondere erfuhr die hegemoniale bzw. tradierte Sichtweise auf Öffentlichkeit als massenmediale Öffentlichkeit eine Erweiterung, indem vielfältige Foren, Räume, Institutionen oder Alternativmedien als bedeutend für den öffentlichen Diskurs identifiziert wurden (vgl. Geiger 2002, 81). Öffentlichkeit ist als komplexer und dynamischer Prozess nicht an bestimmte Räume oder Foren gebunden und kann damit auch private Alltagspraxen umfassen (vgl. ebd.).

Öffentlichkeitstheorien werden seit der Jahrtausendwende insbesondere durch das Internet herausgefordert, ihre Annahmen und Vorstellungen zu überdenken, da sich Theorien, etwa zunächst bei Jürgen Habermas (1995), auf einer weitgehenden Gleichsetzung von Massenmedien und Öffentlichkeit bei gleichzeitiger Ausgrenzung anderer medial vermittelter oder interpersoneller Kommunikationsformen gründeten. Die feministische Forschung hat dabei das Potenzial des neuen Mediums zur Neukonstruktion von Identitäten und Subjektivitäten sowie zur Vernetzung